



Angelika Mendes ist Koordinatorin für Fundraising in der internationalen Zentrale des Jesuit Refugee Service (JRS) in Rom. Bis August 2012 hat sie von Berlin aus die internationalen Medienprogramme der Konrad-Adenauer-Stiftung koordiniert.

OHNE PERSPEKTIVE?

FLÜCHTLINGE UND VERTRIEBENE IM ÖSTLICHEN AFRIKA

Angelika Mendes

Das Jahr 2012 hat so viele Flüchtlingskrisen mit sich gebracht wie wenige Jahre in jüngster Vergangenheit. Mehr als 700.000 Flüchtlinge haben in den ersten neun Monaten des Jahres internationale Grenzen überquert.¹ Mit den Krisen des vorangegangenen Jahres – zu nennen sind unter anderem die Dürre am Horn von Afrika und die Kämpfe in Libyen – und mit den Millionen von Flüchtlingen, die sich seit Jahren im Exil befinden, ist ein kritischer Punkt erreicht. Die Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft, in Solidarität mit den betroffenen Ländern Lösungen für diese Krisen und Antworten auf das persönliche Leid, das damit verbunden ist, zu finden, ist auf die Probe gestellt. Das Recht auf Asyl behält weiter seine zentrale Bedeutung. Die Tatsache, dass viele Staaten großzügig Flüchtlinge aufnehmen, ist ein Zeichen dafür, das angesichts der damit verbundenen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen nicht unterschätzt werden sollte.

Das östliche Afrika ist eine Weltregion, die seit Jahrzehnten mit die größten Flüchtlingsströme provoziert, aber auch aufnimmt. Dass auch dort ein dramatischer Punkt erreicht ist, zeigt die kürzliche Anordnung der kenianischen Regierung, alle Flüchtlinge, die bisher in der Hauptstadt Nairobi lebten, in die Lager im Nordwesten und Osten des Landes zu verweisen.² Die Kapazitäten der Aufnahmeländer sind begrenzt und Flüchtlinge werden schnell zum Sündenbock für zunehmende Unsicherheit oder andere untragbare Zustände erklärt. Auch die anderen Länder, von denen in diesem Artikel die Rede ist – Uganda, Äthiopien, Sudan und

1 | *UNHCR Global Appeal 2013. Staying resilient in a world in crisis*, Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), 12/2012, <http://unhcr.org/ga13/index.xml> [30.01.2013].

2 | AFP, „Kenya orders all refugees back to camps“, 18.12.2012.

Südsudan – beherbergen Zehntausende von Flüchtlingen unter Umständen, die alles andere als ideal sind.

In den vergangenen 30 Jahren hat sich die Zahl gewaltsam vertriebener Menschen weltweit fast verdreifacht, von 16 auf 42,5 Millionen. Globale und soziale Trends lassen vermuten, dass diese Zahl in diesem Jahrzehnt weiter wachsen wird. Die Ursachen für Vertreibung sind vielfältig und komplex. Kriege, bewaffnete Konflikte, Menschenrechtsverletzungen, repressive Regime sowie untragbare wirtschaftliche, soziale oder politische Bedingungen, Naturkatastrophen und vor allem der internationale Kampf um Bodenschätze und Energieressourcen zwingen Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Oft sind es die gleichen Gründe, die eine Rückkehr verhindern und den Wiederaufbau erschweren.

Sowohl Flüchtlinge als auch humanitäre Organisationen sind heute größerer Unsicherheit ausgesetzt, weil Regierungen und bewaffnete Gruppen den humanitären Handlungsspielraum zunehmend verkleinern. Der wachsende Abstand zwischen Arm und Reich wird enorme Herausforderungen mit sich bringen. Bereits jetzt fliehen Millionen von Menschen aufgrund von Naturkatastrophen und anderen Auswirkungen des Klimawandels, die erst in Zukunft das volle Ausmaß erreichen werden. Das Bevölkerungswachstum und die zunehmende Urbanisierung üben zusätzlichen Druck auf bestehende Systeme aus.

Bereits jetzt fliehen Millionen von Menschen aufgrund von Naturkatastrophen und anderen Auswirkungen des Klimawandels, die erst in Zukunft das volle Ausmaß erreichen werden.

WER SIND DIE FLÜCHTLINGE? – VERSCHIEDENE DEFINITIONEN

Wer ein Flüchtling ist, wurde im so genannten Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) festgeschrieben. Demnach ist ein Flüchtling „eine Person, die aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose infolge solcher Ereignisse

außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.“ Die Konvention schreibt außerdem fest, dass Flüchtlinge Religions- und Bewegungsfreiheit sowie wirtschaftliche und soziale Rechte wie einen gesicherten Zugang zum Arbeitsmarkt, zu medizinischer Versorgung und zu Schulbildung genießen. Das Prinzip des *Non-refoulement*, d.h. dass niemand unter Zwang in sein Heimatland ausgewiesen wird, solange dort Gefahr droht, ist ein weiteres durch die Konvention garantiertes Recht.

Die Genfer Flüchtlingskonvention ist das erste universell geltende Abkommen, das sich ausschließlich und umfassend Flüchtlingen widmet und deren grundlegende Rechte festlegt. Unterzeichnet von 146 Ländern, ist es bis heute die Grundlage der Flüchtlingsarbeit und der rechtliche Rahmen, innerhalb dessen Staaten ihre Flüchtlingspolitik aufbauen können. Im Jahr 1967 wurde die Konvention durch ein Zusatzprotokoll ergänzt, das die geografische und zeitliche Begrenzung aufhob. 1969 sowie 1984 kamen mit der Flüchtlingskonvention der afrikanischen OAU (heute: Afrikanische Union) und der lateinamerikanischen Cartagena-Erklärung regionale Abkommen hinzu, die erstmals lokale Ansätze für die Regelung der Flüchtlingsfrage einführten.

Der Begriff „de facto“-Flüchtling umfasst alle Menschen, die ihre Heimat aufgrund von bewaffneten Konflikten, humanitären Katastrophen oder der Verletzung von Menschenrechten verlassen müssen.

Die katholische Soziallehre definiert den Begriff des Flüchtlings breiter und spricht von „de facto“-Flüchtlingen. Der Begriff umfasst demnach alle Menschen, die ihre Heimat aufgrund von bewaffneten Konflikten, humanitären Katastrophen oder der Verletzung von Menschenrechten verlassen müssen. Auch Opfer gewaltsamer Vertreibungen innerhalb eines Landes, fehlerhafter Wirtschaftspolitik und von Naturkatastrophen gelten nach dieser Auffassung als Flüchtlinge.

Binnenvertriebene verlassen ihre Heimat aus denselben Gründen wie Flüchtlinge, bleiben aber innerhalb der Grenze ihres Heimatlandes. Ihre Situation ist oft noch elender als die der internationalen Flüchtlinge, da sie bisher nicht durch internationale Abkommen und Gesetze geschützt sind und unter der Zuständigkeit von Regierungen stehen, die ihnen gegenüber oftmals feindlich eingestellt

sind. Für Afrika wurde diese Lücke mit dem Inkrafttreten der Kampala-Konvention am 6. Dezember 2012 geschlossen. Die „Konvention der Afrikanischen Union zum Schutz und Unterstützung intern vertriebener Personen in Afrika“ ist das erste legal bindende Abkommen weltweit, das speziell die Situation von Binnenflüchtlingen thematisiert. Angesichts der Tatsache, dass es in Afrika viermal so viele Binnen- wie internationale Flüchtlinge gibt, ist das ein bedeutender Schritt. Afrika setzt damit neue Maßstäbe für die Gestaltung gesetzlicher Rahmenbedingungen, die zum Schutz und zur Versorgung von Binnenflüchtlingen beitragen. Die Konvention ist umfassend gestaltet und erkennt vielfältige Ursachen für Vertreibung an, von bewaffneten Konflikten über Naturkatastrophen, den Auswirkungen des Klimawandels bis zu Megatrends wie Bevölkerungswachstum und Urbanisierung. Gut umgesetzt, kann sie zu einem wertvollen Instrument für Regierungen werden, sowohl Vertreibung vorzubeugen als auch angemessene Lösungen für gegenwärtig Vertriebene zu finden. Es hängt jedoch vom Willen dieser Regierungen ab, ob und wann diese Umsetzung überhaupt erfolgt. Während die Mandate vieler Hilfsorganisationen keine spezielle Zuständigkeit für Binnenvertriebene vorsehen, gibt es in jüngster Zeit auch hier eine lebhaftere Debatte um einen neuen weltweiten Ansatz zur besseren Unterstützung von Binnenvertriebenen, der zu begrüßen ist.

FLÜCHTLINGE IN ZAHLEN

Seit 2007 liegt die Zahl der Vertriebenen konstant über 42 Millionen. 42,5 Millionen gewaltsam vertriebene Menschen gab es 2011 weltweit, davon 15,2 Millionen Flüchtlinge.³

42,5 Millionen gewaltsam vertriebene Menschen gab es 2011 weltweit. Obgleich diese Zahl hoch ist, war sie doch niedriger als 2010.

Obgleich diese Zahl hoch ist, war sie doch niedriger als 2010, als so viele Menschen betroffen waren wie seit Mitte der 1990er Jahre nicht mehr.⁴ Entgegen der weit verbreiteten Auffassungen, dass Europa und die USA die meisten Flüchtlinge aufnehmen, fliehen in Wirklichkeit 80 Prozent

3 | Als „gewaltsam vertriebene Menschen“ gelten Flüchtlinge, Asylbewerber und Binnenflüchtlinge (Internally Displaced Persons, IDPs).

4 | *A Year of crises. UNHCR Global Trends 2011*, UNHCR, 06/2012, <http://unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/home/opendocPDFViewer.html?docid=4fd6f87f9&query=UNHCR%20Global%20Trends%20Report%202011> [30.01.2013].

aller Flüchtlinge und Vertriebenen in die Nachbarländer. Pakistan führt mit 1,7 Millionen Vertriebenen die Liste der Aufnahmeländer an, gefolgt von Iran, Kenia und Tschad. Unter den Industrienationen nimmt Deutschland die meisten Flüchtlinge auf (2011: 571.700). Südafrika ist seit 2008 das Land mit der höchsten Anzahl individueller Asylanträge. Jeder sechste Flüchtling weltweit kommt aus Afghanistan, gefolgt von Flüchtlingen aus dem Irak, Somalia, Sudan und der Demokratischen Republik Kongo.



Notdürftige Unterkünfte im Übergangslager außerhalb von Dollo Ado an der somalisch-äthiopischen Grenze, wo im August 2011 etwa 15.000 Flüchtlinge lebten. | Quelle: © Angelika Mendes.

In Subsahara-Afrika leben 60 Prozent aller Flüchtlinge in Lagern. Weltweit jedoch lebt die Hälfte in Städten und nur ein Drittel in Lagern. 49 Prozent aller Flüchtlinge und Vertriebenen sind Frauen und Mädchen und 46 Prozent sind Kinder unter 18 Jahren.⁵ Etwa 70 Prozent sind Muslime. Im Jahr 2011 sind 3,2 Millionen Binnenvertriebene nach Hause zurückgekehrt – das ist die höchste Anzahl in mehr als zehn Jahren. Hingegen konnten nur etwa 532.000 Flüchtlinge in ihre Heimatländer zurückkehren – die drittniedrigste Zahl im letzten Jahrzehnt.

Hinzu kommt, dass Flüchtlingssituationen heute nicht mehr vorübergehender Natur sind. UNHCR schätzt, dass Flüchtlinge mittlerweile durchschnittlich 17 Jahre im Exil verbringen. Manche äthiopische und sudanesische Flüchtlinge, die im Flüchtlingslager Kakuma im Nordwesten Kenias leben, befinden sich seit 18 Jahren dort. Unter ihnen sind viele, die bereits im Lager geboren wurden.

HERAUSFORDERUNGEN IN DEN AUFNAHME-LÄNDERN

Flüchtlinge stehen im Aufnahmeland vielfältigen Herausforderungen gegenüber. Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit gehören ebenso dazu wie der Mangel an sozialen Kontakten und die Unkenntnis der lokalen Sprache. Viele Staaten schränken die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen ebenso ein wie den Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Bildung. Gerade die Bildung hat sich jedoch als effektives Mittel im Umgang mit Traumata erwiesen, weil sie Hoffnung nährt, Kräfte bündelt, eine Perspektive auf eine bessere Zukunft eröffnet und sich vor allem später positiv auf Einkommen, Lebensqualität und Wiederaufbau auswirkt. Momentan besuchen weltweit nur 76 Prozent aller Flüchtlingskinder eine Grundschule und 36 Prozent eine Sekundarschule.⁶ Weniger als ein Prozent hat Zugang zu höherer Bildung. Für Flüchtlinge in Städten und für Mädchen sieht es noch schlechter aus. Die Qualität der Schulbildung liegt außerdem beträchtlich unter dem herkömmlichen Niveau.

Momentan besuchen weltweit nur 76 Prozent aller Flüchtlingskinder eine Grundschule und 36 Prozent eine Sekundarschule.

Vor allem in sich hinziehenden Krisensituationen geraten Flüchtlinge in Abhängigkeit von Hilfsorganisationen. Menschen, die 15 Jahre lang kostenlose Essensrationen, Schulbildung, medizinische Versorgung und psychosoziale Hilfe in einem Flüchtlingslager erhalten, haben oftmals Schwierigkeiten, wenn sie, wieder für sich selbst verantwortlich, in ihre Heimat zurückkehren.

6 | Sarah Dryden-Peterson, *Refugee Education. A Global Review*, UNHCR, 11/2011, <http://unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/home/opendocPDFViewer.html?docid=4fe317589> [30.01.2013].

DAUERHAFTE LÖSUNGEN FÜR DIE FLÜCHTLINGSKRISE

Angesichts des Ausmaßes und der Anzahl der Flüchtlingskrisen weltweit scheint es an befriedigenden Lösungen zu mangeln. In der Flüchtlingspolitik spricht man in der Regel von drei möglichen dauerhaften Lösungsoptionen für Flüchtlingssituationen. Die erste und bevorzugte Lösung ist die freiwillige Rückkehr ins Heimatland, sobald dieses als sicher gilt und die nötige Lebensgrundlage für die Rückkehrer bietet.

Tansania schrieb 2010 Geschichte, als die Regierung 162.000 Flüchtlingen, die 1972 aufgrund des Bürgerkrieges aus Burundi geflohen waren, die tansanische Staatsbürgerschaft gewährte.

Die zweite Möglichkeit ist die Einbürgerung. Dies setzt zunächst die Zustimmung der jeweiligen Regierung voraus und erfordert einen legalen Prozess, der Flüchtlingen mehr Rechte garantiert. Ebenso muss auch ein

wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Integrationsprozess stattfinden. Tansania schrieb im April 2010 Geschichte, als die Regierung 162.000 Flüchtlingen, die 1972 aufgrund des Bürgerkrieges aus Burundi geflohen waren, die tansanische Staatsbürgerschaft gewährte. „Das ist die großzügigste Geste, die je gegenüber Flüchtlingen gezeigt wurde“, sagte damals der Repräsentant des Jesuit Refugee Service (JRS) in Tansania, Damas Missanga SJ.

Die dritte Option ist die Neuansiedlung in einem Drittland. Für Menschen, denen auch in dem Land, in dem sie Schutz gesucht haben, Verfolgung droht oder die aus anderen Gründen nicht auf Dauer in ihrem Asylland bleiben können, ist das die einzige mögliche Alternative. Von allen 192 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen nehmen mittlerweile 26 Länder Flüchtlinge im Rahmen von Neuansiedlungsprogrammen auf. Dazu gehören schon seit Langem die skandinavischen Länder, Australien, die USA, Kanada, Neuseeland, England und seit 2007 auch Deutschland. Im Jahr 2011 wurden 61.231 Flüchtlinge neu angesiedelt. Obwohl die Anzahl der Länder, die an Neuansiedlungsprogrammen teilnehmen, zwischen 2005 und 2012 von 14 auf 26 angewachsen ist, ist die Zahl der verfügbaren Plätze bei ca. 80.000 pro Jahr stehengeblieben.⁷ Die USA, Kanada und Australien stellen weiterhin 90 Prozent aller

7 | Executive Committee of the High Commissioner's Programme, Standing Committee, 54th meeting, progress report on resettlement, UNHCR, 05.06.2012.

Neuansiedlungsplätze, während 16 europäische Staaten zusammen einen Anteil von lediglich acht Prozent aufweisen. Die Flüchtlinge, die von Neuansiedlungsprogrammen in all diesen Ländern am meisten profitierten, kamen aus Myanmar, Irak und Somalia.

FLÜCHTLINGE UND VERTRIEBENE IM ÖSTLICHEN AFRIKA

Kenia, Uganda, Sudan, Südsudan und Äthiopien, die Länder des östlichen Afrikas, auf die sich dieser Artikel bezieht, bilden zusammen eine Fläche, die etwa doppelt so groß ist wie West- und Südeuropa zusammen.⁸ Die Region ist von kultureller Vielfalt geprägt und komplex hinsichtlich der Konfliktursachen. Mit Nachbarn wie Somalia, der Demokratischen Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik, Tschad und Eritrea ist sie von Krisenherden und so genannten failed states umgeben, die für große Flüchtlingsströme sorgen.

Obwohl es schwer ist, verlässliche Zahlen zu finden, kann man bei den fünf Ländern von etwa 1.476.000 Flüchtlingen und 2,6 Millionen Binnenvertriebenen sprechen. Sudan ist mit 1,7 Millionen das Land mit der höchsten Anzahl an Binnenvertriebenen, während Kenia mit einer Zahl von 586.000 die meisten Flüchtlinge beherbergt.⁹

Bei Kenia, Uganda, Sudan, Südsudan und Äthiopien kann man von 1.476.000 Flüchtlingen und 2,6 Millionen Binnenvertriebenen sprechen.

Sudan und Südsudan

Vor seiner Teilung 2011 war der Sudan das größte Land auf dem afrikanischen Kontinent. Das Gebiet ist von zwei langjährigen Kriegen gekennzeichnet. Sechs Jahre nach der 1956 von Großbritannien und Ägypten erlangten Unabhängigkeit stürzte das Land in den ersten Bürgerkrieg, der zehn Jahre dauerte und 1972 mit dem *Addis Ababa Agreement* endete, das dem Süden das Recht auf Selbstbestimmung zugestand. Die Entdeckung von Öl 1978 im südlichen Teil

8 | Das schließt folgende Länder ein: Spanien, Portugal, Andorra, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Irland, Vereinigtes Königreich, Deutschland, Italien, San Marino, Niederlande, Schweiz, Österreich.

9 | Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN-OCHA), *Eastern Africa: Displaced Populations Report*, Nr. 12, 31.03.-30.09.2012.

des Landes beeinträchtigte die Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden enorm. Als der Norden 1983 die Scharia einführte, brach der Bürgerkrieg im Süden erneut aus.

Mehr als 20 Jahre bekämpften sich die Regierung in Khartoum und die Sudan People's Liberation Army/Movement (SPLA/M), die Hauptrebellengruppe im Süden, aufgrund von religiösen Unterschieden zwischen Moslems und Christen, Gegensätzen zwischen Arabern und Afrikanern, ethnischer Gewalt zwischen bestimmten Gruppen und dem Kampf um Bodenschätze, vor allem die Ölvorkommen im Süden. Es war einer der längsten und schlimmsten Kriege des 20. Jahrhunderts: zwei Millionen Menschen starben, vier Millionen wurden im eigenen Land vertrieben und mehr als eine halbe Million floh außer Landes.

Der Krieg endete erst im Januar 2005 mit dem Comprehensive Peace Agreement (CPA). Das CPA beinhaltete die Einhaltung eines Waffenstillstands sowie Bestimmungen zur Aufteilung von Macht und Bodenschätzen, landesweiten Wahlen im April 2010 und einem Unabhängigkeitsreferendum im Süden im Januar 2011. In diesem Referendum stimmten 99 Prozent der Bevölkerung für die Unabhängigkeit des Südens und am 9. Juli 2011 erklärte sich der Südsudan als souveräner Staat unabhängig vom Norden.

„Es gibt ein Paradox im Sudan: Dass die Region, die den Hauptteil der Bodenschätze und des fruchtbaren Bodens des Landes besitzt, auch die am wenigsten entwickelte ist.“

Das neue Land steht enormen Herausforderungen gegenüber. „Es gibt ein Paradox im Sudan: Dass die Region, die den Hauptteil der Bodenschätze und des fruchtbaren Bodens des Landes besitzt, auch die am wenigsten entwickelte ist“,¹⁰ bemerkt der Sudanexperte Douglas H. Johnson. Die Sicherheitssituation an der Grenze zum Sudan hat sich seit der Unabhängigkeit verschlechtert – vor allem in den ölreichen Gebieten von Abyei und in Upper Nile, Unity und Südkordofan, wo der Konflikt zur Vertreibung von 70.000 Menschen geführt hat.¹¹ Im September 2011 flammten neue Kämpfe zwischen den Sudan Armed Forces (SAF) und dem Sudan People's Liberation Movement-Nord (SPLM-N) im

10 | Douglas H. Johnson, *The root causes of Sudan's civil wars*, Indiana University Press, 2002, 16.

11 | Integrated Regional Information Networks (IRIN), „South Kordofan briefing“, 26.06.2011.

Blue Nile State auf. Im Januar 2012 berichteten die VN von Luftangriffen und Schüssen seitens der SAF in Südkordofan. Mehr als 170.000 Sudanesen flohen seitdem in Flüchtlingslager auf die andere Seite der Grenze in den Südsudan, während weitere 40.000 in Äthiopien Schutz suchten.¹² Zudem greift die ugandische Rebellenarmee Lord's Resistance Army (LRA) regelmäßig Dörfer in Western Bahr el Ghazal, Western Equatoria und Central Equatoria an. Hinzu kommen Zusammenstöße von Stammesgemeinschaften, die allein im Mai und Juni 2012 zur Vertreibung von fast 16.000 Menschen führten. Zwischen Juli und September zwangen Überflutungen aufgrund intensiver Regenfälle viele Menschen zur Flucht. Trotz seiner eigenen Probleme beherbergt der Südsudan mehr als 207.000 Flüchtlinge aus dem Sudan, Äthiopien, der Zentralafrikanischen Republik und der Demokratischen Republik Kongo (DRC).

Am Beispiel des Südsudans lässt sich gut erklären, mit welchen Herausforderungen Flüchtlinge bei der Rückkehr in ihr Heimatland nach Jahren oder Jahrzehnten des Konflikts konfrontiert sind. Weil Bildung für die langfristige Entwicklung eines Landes essenziell ist, wird dabei näher auf den Zustand des Bildungssystems eingegangen. Das Erbe des langen Konfliktes erschwert jeglichen Fortschritt bei der Entwicklung des Landes. Zwei Millionen Menschen, die seit dem Friedensabkommen in ihre Heimat zurückgekehrt sind, stehen bis heute enormen Herausforderungen gegenüber. Die meisten Straßen im Südsudan befinden sich in denkbar schlechtem Zustand und sind zeitweise unpassierbar. Viele Gebiete sind schwer zugänglich und der Straßenbau schreitet zögerlich voran. Große Teile der Bevölkerung haben keine Möglichkeit, zu den wenigen Kliniken oder zu sauberem Wasser zu gelangen. Etwa 80 Prozent der Bevölkerung sind Kleinbauern, doch die Nutzung des außerordentlich fruchtbaren Landes wird von Landminen erschwert. Weil fast alle Waren importiert werden, sind die Preise hoch. Die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze mit einem Durchschnittseinkommen von weniger als einem US-Dollar pro Tag. Korruption behindert an vielen Stellen den Fortschritt.

Die meisten Straßen im Südsudan befinden sich in schlechtem Zustand und sind zeitweise unpassierbar. Viele Gebiete sind schwer zugänglich und der Straßenbau schreitet zögerlich voran.

12 | UN-OCHA, „Sudan humanitarian update“, III/2012, 01.11.2012.

Dennoch sind die wenigen Fortschritte anzuerkennen, die der Süden seit dem Ende des Krieges vorweisen kann. Eine eigene Regierung wurde gebildet und die Hauptstadt Juba wächst. Mehr als 20.000 Straßenkilometer und ca. 80 Prozent des besonders betroffenen Geländes wurden inzwischen von Minen befreit.¹³ Felder werden bestellt, feste Häuser gebaut. Die ersten Wahlen nach 24 Jahren im April 2010, das Referendum im Januar und die Unabhängigkeitsfeiern im Juli 2011 sind friedlich verlaufen. Mehr als zwei Millionen Menschen sind zurückgekehrt, man kann sich relativ frei bewegen und es gibt erstes Wachstum.

Der neu gebildeten autonomen Regierung des Südens stellte sich nach dem Krieg die enorme Aufgabe, mit sehr begrenzten Mitteln ein Bildungssystem von Grund auf zu errichten. Der Grundschulunterricht fand zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich unter Bäumen statt, es gab weniger als 20 Sekundarschulen und kaum ausgebildete Lehrer. Einzelne Menschen versammelten ab und zu die Kinder, um ihnen das Alphabet beizubringen. Keiner wurde dafür bezahlt und viele hatten selbst nur zwei oder drei Jahre die Grundschule besucht.



Unterricht im Freien: zerstörte Sekundarschule in Nimule, Südsudan. | Quelle: © Angelika Mendes.

13 | Wanjohi Kabukuru, „Clearing South Sudan of its deadly landmines“, *Africa Renewal online*, Department of Public Information der Vereinten Nationen, 16.01.2012, <http://un.org/africarenewal/web-features/clearing-south-sudan-its-deadly-landmines> [30.01.2013].

Mit einer aktuellen Alphabetisierungsrate von geschätzten 24 Prozent hofft die sudanesische Bevölkerung auf bessere Bildungsaussichten.¹⁴ Lediglich sieben Prozent der Personen, die im Lehrerberuf eingesetzt werden, sind dafür ausgebildet. 48 Prozent wurden mittlerweile berufsbegleitend geschult, aber lediglich 45 Prozent haben selbst einen Grundschulabschluss.¹⁵ Lehrer im Südsudan verdienen durchschnittlich 200 US-Dollar im Monat, aber nur drei von fünf Lehrern werden von der Regierung bezahlt.

Nur drei von fünf Lehrern im Südsudan werden von der Regierung bezahlt. Die anderen unterrichten ohne finanzielle Vergütung.

Die anderen unterrichten ohne finanzielle Vergütung. Auf jeden Lehrer, bezahlt oder unbezahlt, kommen etwa 80 Schüler. Etwa 75 Prozent der Grundschulen und 22 Prozent der Sekundarschulen sind nicht fest gebaut, d.h. sie bestehen aus einer Schlammmischung und haben ein Grasdach oder der Unterricht findet weiter unter einem Baum statt und muss bei Regen abgebrochen werden.¹⁶ Eine feste Schule mit sieben Klassenräumen, Verwaltungsgebäude und Latrinen zu bauen kostet etwa 62.000 Euro. So teilen sich in den Grundschulen durchschnittlich 129 Schüler einen Klassenraum.¹⁷

Die Schülerzahlen haben sich innerhalb der ersten vier Jahre nach dem Friedensabkommen (2005-2009) von 343.000 – damals die niedrigste Anzahl weltweit – auf 1,3 Millionen verdreifacht.¹⁸ Im Jahr 2009 kürzte der Südsudan aufgrund geringerer Einnahmen durch Rohöl das Bildungsbudget um 25 Prozent, von 134 auf 100 Millionen US-Dollar. Während der Bildungsanteil sechs Prozent des Gesamtbudgets ausmachte, ging ein Drittel des Budgets in militärische Ausrüstung. Dabei zeigen die Südsudanesen ein so großes Interesse an Bildung wie kaum eine andere Bevölkerungsgruppe im östlichen Afrika. Immerhin haben heute 60 Prozent der Kinder eine Chance auf Bildung, verglichen mit 40 Prozent vor zehn Jahren.¹⁹

14 | Feinstein International Center, „Livelihoods, social protection and basic services in South Sudan“, 07/2012.

15 | UNICEF und die Regierung der Republik Südsudan (GoSS), „A report of the study on socio-economic and cultural barriers to schooling in Southern Sudan“, 11/2008.

16 | Weltbank, „Education in the Republic of South Sudan: Status and Challenges for a New System“, 12.09.2012.

17 | Ebd.

18 | UNICEF und GoSS, Fn. 15.

19 | Weltbank, Fn. 16.

Die künftige Entwicklung des Südsudans braucht eine starke, visionäre Regierung, die ihre Ministerien koordiniert und klare Rollen definiert und die bereit ist die nötige Arbeit zu tun. Die Infrastruktur ist zu verbessern, vor allem die Stromversorgung, gefolgt von der Entwicklung der Landwirtschaft, die, richtig vorangebracht, den Südsudan im besten Fall zur Kornkammer Ostafrikas machen könnte. Neue Hoffnung gibt die Unterzeichnung verschiedener Wirtschafts-, Handels- und Sicherheitsabkommen zwischen beiden Regierungen am 27. September 2012 in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba. Sie leiten die Wiederaufnahme des Ölexports ein, der seit Beginn des Jahres unterbrochen war, und schließen die Errichtung einer demilitarisierten Grenzzone ein. Eine Lösung für die Region um Abyei und die genaue Grenzziehung stehen noch aus.

Im August 2011 änderte der Sudan seine Gesetzgebung dahingehend, dass die Erlangung der südsudanesischen Staatsangehörigkeit zum automatischen Verlust der sudanesischen führt. Geschätzte 350.000 Südsudanesen, die kaum Verbindungen mit dem Südsudan haben, leben im Sudan. Durch Mischehen, vor allem im Grenzgebiet zwischen Norden und Süden, gibt es eine große Anzahl von Menschen gemischter Herkunft. Ihre Situation konnte durch das „Four Freedoms“-Abkommen im September 2012 erfolgreich geregelt werden. Es gewährt Bürgern beider Staaten im jeweils anderen Staat Residenzrecht, Bewegungsfreiheit, das Recht auf Eigentum und auf wirtschaftliche Tätigkeit.

Der Osten des Sudans ist seit mehr als 40 Jahren Schauplatz der sich am längsten hinziehenden Flüchtlingssituation auf dem afrikanischen Kontinent.

Neben dem Konflikt an der Grenze zum Südsudan sind hier zwei weitere Regionen erwähnenswert. Der Osten des Sudans ist seit mehr als 40 Jahren Schauplatz der sich am längsten hinziehenden Flüchtlingssituation auf dem afrikanischen Kontinent. Etwa 84.000 eritreische Flüchtlinge haben dort Zuflucht gesucht, von denen die ersten 1968 ankamen. Jeden Monat kommen durchschnittlich 1.800 weitere hinzu – eine Folge sowohl der Politik Eritreas, junge Männer lebenslang zum Militärdienst zu verpflichten, als auch einer Kombination aus Dürre und einer extrem schwachen Wirtschaft, die zu Verarmung führt und keine Perspektiven bietet.

Auf der anderen Seite, im Westen des Landes, schwelt in Darfur seit knapp zehn Jahren ein Konflikt zwischen der muslimisch-arabischen Regierung in Khartoum und verschiedenen Rebellengruppen, die 2003 erstmals zu den Waffen griffen, weil die Regierung die Region, die hauptsächlich von den drei ethnischen Gruppen Fur, Masalit und Zaghawa bevölkert ist, zu lange vernachlässigt hatte. Darauf antwortete Khartoum mit einer brutalen Verfolgung der Zivilgesellschaft. Den Vereinten Nationen zufolge sind diesem Konflikt bisher 300.000 Menschen zum Opfer gefallen, während Khartoum die Zahl weiter auf 10.000 begrenzt. Im März 2009 stellte der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag einen Haftbefehl wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Darfur gegen den sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir aus. 2010 wurde die Anklage um Völkermord erweitert. Seit 13 internationale humanitäre Organisationen im März 2009 aus Darfur ausgewiesen wurden, ist wenig zur humanitären Situation in dem Gebiet veröffentlicht worden, auch Nachrichtenagenturen haben kaum Zugang. Obwohl die Gewalt immer wieder aufflammt, hat sie insgesamt abgenommen: 200.000 Binnenvertriebene und Flüchtlinge konnten nach Hause zurückkehren. Im Juli 2011 unterzeichneten die Regierung und eine der Rebellengruppen das „Doha Document for Peace in Darfur“, und am 8. Februar 2012 wurde die Darfur Regional Authority in Norddarfur eingeweiht, deren Aufgabe es unter anderem ist, Vertriebenen bei der Rückkehr zu helfen und Wiederaufbau und Entwicklung voranzutreiben. Khartoum gab zudem eine neue Friedens- und Entwicklungsstrategie für Darfur bekannt und stimmte einer Vereinbarung mit dem Tschad und dem UNHCR zu, um die Rückkehr von Flüchtlingen aus dem Tschad zu regeln.

Kenia

Kenia hat sich nach den Wahlunruhen 2007/2008, die zum Tod von mehr als 1.000 Menschen und zur Vertreibung von 600.000 Menschen geführt haben, zunächst weitgehend stabilisiert. Da es dem Land nicht gelang, ein lokales Gericht aufzubauen, das die Schuldigen zur Verantwortung zieht, hat der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag den Prozess mit Unterstützung der Koalitionsregierung aufgenommen. Im Januar 2012 wurden vier prominente

Kenianer, darunter Vizepräsident Uhuru Kenyatta und der ehemalige Minister William Ruto, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Beide haben die Anklage zurückgewiesen und im Dezember öffentlich ein Bündnis bekannt gegeben, nach dem Kenyatta für das Amt des Präsidenten kandidieren und Ruto sich als Vizekandidat zur Wahl stellen wird. Die nächsten landesweiten Wahlen sind für den 4. März 2013 geplant.

Das Wirtschaftswachstum in Nairobi liegt bei 4,3 Prozent, die Grundstückspreise haben sich während der letzten fünf Jahre verzehnfacht.

Seit August 2010 hat das Land nach einem über 20 Jahre dauernden Prozess eine neue Verfassung, die Anlass zu Optimismus gibt.

Das Wirtschaftswachstum liegt bei 4,3 Prozent, die Grundstückspreise in Nairobi haben sich während der letzten fünf Jahre verzehnfacht. Zugleich ist Kenia aber auch das Land in Ostafrika, das die größte Ungleichheit in der Einkommensverteilung und, vor allem in den größeren Städten wie Nairobi, eine hohe Kriminalitätsrate aufweist. Dem von Transparency International veröffentlichten internationalen Korruptionsindex von 2011 zufolge gilt Kenia noch immer als eines der weltweit korruptesten Länder: Es rangiert auf dem 154. von insgesamt 183 Plätzen.

Anders als die Jahre unmittelbar nach den Wahlunruhen vermuten ließen, hat die kenianische Regierung bedeutende Fortschritte damit gemacht, Lösungen für Binnenvertriebene zu finden. Am 4. Oktober 2012 verabschiedete sie ein Gesetz, das Bürgern, die aufgrund von Gewalt, Naturkatastrophen oder Entwicklungsprojekten vertrieben werden, rechtlichen Schutz bietet. Zudem wurde ein institutioneller Schwerpunkt „Binnenvertreibungen“ geschaffen. Auch die Rückführung und Neuansiedlung der während der Wahlunruhen Vertriebenen schreitet erfolgreich voran.²⁰

Im August 2012 haben Stammeskongflikte über Land- und Wasserfragen im Nordosten des Landes und in der Küstenregion (Tana River Delta) mehr als 100 Opfer gefordert und 12.000 Menschen zur Flucht gezwungen. Neben dem Streit um die natürlichen Ressourcen resultiert der Konflikt laut einigen Experten aus weitverbreiteter Frustration über die wirtschaftliche Situation, anhaltender Straflosigkeit und dem Ehrgeiz bestimmter Politiker, ein Amt zu erlangen. Die Bevölkerung der Küstenregion fühlt sich seit Jahrzehnten von

der Regierung vernachlässigt, die zwar keine Arbeitsplätze geschaffen, aber tausende Hektar Land an ihre Verbündeten verschenkt hat. Die Aufstände in Mombasa lassen auf tiefe soziale, politische und konfessionsgebundene Spaltungen in Kenia schließen, die vor den Wahlen zu einem Anstieg der Gewalt führen könnten.

Im Oktober 2011 entschied die kenianische Regierung, ihre Truppen in Somalia im Kampf gegen das islamistische Netzwerk Al-Shabaab einzusetzen. Für das Land, das seine Truppen vorher nie im Ausland eingesetzt hatte, war es das größte Sicherheitsrisiko seit der Unabhängigkeit.²¹ Seit Juli 2012 haben sich die kenianischen Truppen der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) angeschlossen. Die Sicherheit innerhalb Kenias hat sich seitdem beträchtlich verschlechtert, vor allem in der Hauptstadt Nairobi.²² Wiederholte Bombenexplosionen und Angriffe mit Handgranaten, meist im somalisch geprägten Teil Nairobis und in Garissa, beeinträchtigten das Verhältnis zwischen Kenianern und Somalis enorm und provozieren Demonstrationen und Aufstände.

Diese Entwicklung ist auch deshalb tragisch, weil 91 Prozent aller Flüchtlinge, die in Kenia Zuflucht suchen, aus Somalia kommen – mehr als eine halbe Million. Während die Regierung viele Jahre enorme Großzügigkeit bei der Aufnahme von somalischen Flüchtlingen gezeigt hat, reagiert sie jetzt mit verschärften Regelungen für Somalis, von denen Zehntausende in Nairobi leben. In einer Regierungserklärung hieß es am 14. Dezember 2012: „Aufgrund der unerträglichen und unkontrollierbaren Gefahr für die nationale Sicherheit hat die Regierung entschieden, dass alle Flüchtlinge und Asylbewerber aus Somalia in das Flüchtlingslager Dadaab zurückkehren müssen.“²³ Wenige Tage später wurde die Anordnung um alle Flüchtlinge erweitert, die nicht aus Somalia kommen. Sie wurden ins Kakuma-Flüchtlingslager ausgewiesen.²⁴ UNHCR befindet sich nun in Verhandlungen

91 Prozent der Flüchtlinge in Kenia kommen aus Somalia. Während sich die kenianische Regierung viele Jahre großzügig bei der Aufnahme zeigte, reagiert sie jetzt mit verschärften Regelungen.

21 | International Crisis Group (ICG), „The Kenyan Military Intervention in Somalia“, 15.02.2012.

22 | IRIN, „Kenya: Security concerns persist“, 10.12.2012.

23 | Associated Press, „After attacks, Kenya restricts refugee freedoms“, 14.12.2012.

24 | AFP, „Kenya orders all refugees back to camps“, 18.12.2012.

mit der Regierung, um sicherzustellen, dass die Rechte der Flüchtlinge weiter respektiert werden.²⁵

Menschenrechtsorganisationen haben wiederholt gewarnt, dass Kenia den Zustrom somalischer Flüchtlinge nicht alleine bewältigen kann.

Kenia beherbergt zurzeit etwa 630.000 Flüchtlinge aus neun Ländern. Vier von Kenias fünf Flüchtlingslagern befinden sich in Dadaab, nahe der Grenze zu Somalia im Osten des Landes. Diese Lager haben mittlerweile 470.000 vor allem somalische Flüchtlinge aufgenommen und gelten als größte Ansammlung von Flüchtlingen weltweit sowie als fünftgrößte kenianische Stadt. Während der Flüchtlingsstrom aus Somalia seit dem Fall der Diktatur unter Siad Barre 1990 nie wirklich abgerissen ist, hat er mit der Dürre am Horn von Afrika 2011 enorme Ausmaße erreicht. Jeden Monat überqueren weiterhin 2.000 Somalis die Grenze zu Kenia, die seit 2007 offiziell geschlossen ist. Menschenrechtsorganisationen haben wiederholt gewarnt, dass Kenia den Zustrom somalischer Flüchtlinge nicht alleine bewältigen kann.

Ein weiteres Flüchtlingslager, Kakuma, befindet sich im Nordwesten Kenias, im Turkana Distrikt, inmitten einer heißen und trockenen Savanne, 92 Kilometer südlich der sudanesischen Grenze. Dieses Lager beherbergt mehr als 100.000 Flüchtlinge. Es wurde ursprünglich für vor dem Bürgerkrieg fliehende Südsudanesen gegründet. Mittlerweile suchen dort Angehörige 13 verschiedener Nationalitäten Zuflucht. Die größte Gruppe sind auch hier Somalis, gefolgt von Flüchtlingen aus dem Sudan und dem Südsudan, Äthiopien, der Demokratischen Republik Kongo, Burundi, Eritrea, Uganda, Ruanda und anderen Ländern. Vor allem die Zahl der Sudanesen hat in den letzten Monaten angesichts des Konflikts an der Grenze der beiden sudanesischen Staaten zugenommen. Konflikte mit der lokalen Turkana-Bevölkerung sind keine Seltenheit. Natürliche Ressourcen in der Gegend sind knapp. Als Nomaden, die selbst oft ums Überleben kämpfen und seit Jahrzehnten von der Zentralregierung vernachlässigt werden, fühlen sie sich davon provoziert, dass zehntausende Flüchtlinge über Jahre hinweg von der internationalen Gemeinschaft mit allem –

25 | „UNHCR urges Kenya to continue upholding refugee rights, cautions against stigmatizing refugees“, Pressemitteilung, UNHCR, 20.12.2012, <http://unhcr.org/50d2e9ec6.html> [30.01.2013].

wenn auch objektiv gesehen nicht ausreichend – versorgt werden. Wiederholte Verhandlungen haben dazu geführt, dass mittlerweile alle Hilfsorganisationen auch eine bestimmte Anzahl Angehöriger der lokalen Bevölkerung in die Hilfsprogramme einschließen. Die Organisationen können damit in keiner Weise die Auswirkungen der Vernachlässigung dieser Region durch die Regierung lindern, allerdings ist dies auch nicht ihr Mandat.

Uganda

Der Norden Ugandas war 20 Jahre lang, von 1986 bis 2006, Schauplatz eines Konflikts, der zu den längsten und brutalsten in Afrika gehörte. Die Lord's Resistance Army (LRA) bekämpfte die ugandische Regierung und verfolgte dabei bald keine politische Agenda mehr, sondern terrorisierte die eigene Acholi-Bevölkerung, plünderte Dörfer, verstümmelte deren Bewohner, folterte, vergewaltigte und tötete. Die meisten dieser Handlungen wurden von Kindersoldaten ausgeführt.

UNICEF schätzt, dass die LRA im Laufe des Konflikts 20.000 Kinder entführt und zu Kindersoldaten oder Sexsklaven gemacht hat. Sie wurden durch Aufnahmezeremonien wie das Misshandeln, Töten und Essen von Familienangehörigen abgestumpft. „Ich war unglücklich darüber zu töten, zu foltern oder unschuldiger Leute Besitz zu zerstören, aber ich hatte keine andere Wahl“, sagt Francis, der zwei Jahre als Kindersoldat von der LRA festgehalten wurde, bevor es ihm gelang, zu fliehen. „Die Anweisungen waren klar: Folgt den Befehlen und lebt oder weigert euch und sterbt.“ Während des Konflikts flohen 95 Prozent der Bevölkerung (1,7 Millionen) in von der Regierung errichtete Schutzlager, die aber weiter Zielscheibe für Angriffe der LRA waren. Über Jahre zogen 40.000 Kinder, so genannte *night commuters*, jeden Abend in die Städte, um sich vor diesen Angriffen in Sicherheit zu bringen.

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag erließ 2005 Haftbefehle gegen Joseph Kony und vier weitere LRA-Kommandeure wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Ab 2006 führte zudem ein Waffenstillstandsabkommen, verhandelt als Teil eines im südsudanesischen Juba aufgenommenen Friedensprozesses, der

jedoch 2008 scheiterte, zu einer Stabilisierung der Lage und ermöglichte die Rückkehr der Vertriebenen. Im März 2012 befanden sich nur noch etwa 30.000 Vertriebene in Übergangslagern. Die Menschen in Norduganda müssen nun mit den verheerenden Folgen zurechtkommen. Jeder hat eine Schreckensgeschichte zu erzählen, alle sind auf irgendeine Weise traumatisiert. Während der langen Jahre im Lager sind traditionelle Familienstrukturen zusammengebrochen und kulturelle Werte und Bräuche verloren gegangen. Die Nahrungsmittelversorgung ist nach langer Abhängigkeit von Hilfsorganisationen nicht mehr gewährleistet, die Infrastruktur ist mangelhaft, der Zugang zu Bildung schlecht und dem Großteil der Bevölkerung fehlen Arbeit und Existenzgrundlage.

Vor allem Kindersoldaten kämpfen damit, wieder in die Gesellschaft integriert zu werden. „Sie leiden an Schlafstörungen, Konzentrationsschwierigkeiten und Depressionen, viele erfahren Ablehnung seitens ihrer Gemeinschaft und Familie, ziehen sich zurück, sind unsicher und haben Angst vor der Zukunft. Andere werden aggressiv und suchen Ablenkung in Alkohol und Drogen“, sagt Stephanie Brosch, Psychologin und bis März 2012 JRS-Projektleiterin in Kitgum. „Geschichten von Kindern und Jugendlichen, die nach Jahren der Hoffnungslosigkeit wieder Hoffnung schöpfen, zeigen uns jedoch, dass die Situation trotz der Schwierigkeiten, mit denen wir uns täglich konfrontiert sehen, nicht hoffnungslos ist. Die Kinder scheinen entschlossen zu sein, nicht zu verzweifeln oder bitter zu werden, sie versuchen alles, um ihr Leben zu verbessern“, sagt Brosch.

Die Rebellen­gruppe LRA terrorisiert weiter die Bevölkerung, was zu neuen Flüchtlingsströmen vor allem in den Südsudan führt.

Versuche, die LRA zu zerschlagen, blieben jedoch erfolglos und haben bisher nur schlimmere Angriffe zur Folge gehabt. Die Rebellen­gruppe mit ihrem Anführer Joseph Kony

hat sich zunächst in die Demokratische Republik Kongo und seit 2008 auch in die Zentralafrikanische Republik zurückgezogen und terrorisiert in beiden Ländern weiter die Bevölkerung, was zu neuen Flüchtlingsströmen vor allem in den Südsudan führt.

Im Oktober 2011 hat die US-Regierung 100 Soldaten entsandt, um Uganda und die Zentralafrikanische Republik in ihrem Kampf gegen die LRA zu unterstützen.²⁶ Auch die Afrikanische Union ist dabei, eine regionale Interventions-truppe mit 5.000 Soldaten aus den vier betroffenen Ländern aufzubauen. Die AU muss sich aber vor allem auch darum bemühen, dass führende Politiker in der Region sowie internationale Geberländer eine umfassende militärische und zivilgesellschaftliche Lösung unterstützen, sonst wird der Prozess scheitern und zehntausende Familien müssen weiterhin in Angst leben.

Äthiopien

Äthiopien, das nie kolonialisiert wurde, hat nach Nigeria die größte Bevölkerungsdichte auf dem Kontinent. Militärische Coups und Konflikte mit den Nachbarstaaten Somalia, Eritrea und Sudan haben die moderne Geschichte des Landes dominiert. Obwohl die meisten Menschen Landwirtschaft betreiben und das Land der größte Kaffeeproduzent des Kontinents ist, führen Dürre, Überflutungen und anhaltende Konflikte auch heute noch dazu, dass jeder zehnte Äthiopier von Nahrungsmittelhilfe abhängig ist. Äthiopien ist einer der größten Empfänger ausländischer Entwicklungshilfe.²⁷ Trotzdem hat das Land fast 370.000 Flüchtlinge aus Somalia, Eritrea, dem Südsudan und dem Sudan aufgenommen. Allein etwa 1.000 junge Menschen, vor allem Männer, entfliehen jeden Monat dem eritreischen Regime und der militärischen Zwangsrekrutierung. Aufgrund der Armut, aber auch aufgrund des repressiven politischen Regimes hält sich eine beträchtliche Anzahl von Äthiopiern als Flüchtlinge oder Wirtschaftsmigranten im Ausland auf.

Äthiopien ist einer der größten Empfänger ausländischer Entwicklungshilfe. Trotzdem hat das Land fast 370.000 Flüchtlinge aus Somalia, Eritrea, dem Südsudan und dem Sudan aufgenommen.

Im Jahr 2009 hat die Regierung ein Gesetz verabschiedet, demzufolge NGOs, die im Bereich Menschenrechte und gute Regierungsführung aktiv sind und mehr als zehn Prozent ihrer Mittel aus dem Ausland erhalten, nicht weiter

26 | ICG, „Ending the LRA: Reason for optimism and political commitment“, 10.01.2012.

27 | Wenzel Michalski, „Schützenhilfe für Diktatoren“, *The European*, 15.11.2010, <http://theuropean.de/wenzel-michalski/4845-korruption-in-aethiopien> [30.01.2013].

in Äthiopien arbeiten dürfen. Das hat die Arbeit vieler Organisationen, auch derjenigen im Bereich der Flüchtlingshilfe, enorm eingeschränkt.



Somalische Flüchtlinge tragen ihre wenigen Habseligkeiten zum Übergangslager außerhalb von Dollo Ado. | Quelle: © Angelika Mendes.

Als Folge der Dürre am Horn von Afrika 2011 strömten zehntausende Flüchtlinge aus Somalia über die Grenze. In der wüstenähnlichen Region Dollo Ado entstand der nach Dadaab zweitgrößte Flüchtlingskomplex weltweit. Fünf Lager beherbergen über 170.000 Flüchtlinge, ein sechstes ist bereits in Planung. Im Jahr 2012 kamen monatlich zwischen 700 und 5.000 Somalis nach Dollo Ado. Solange sich Somalia nicht stabilisiert und der nunmehr 20 Jahre dauernde Krieg zu einem Ende kommt, wird der Zustrom nicht abreißen. Ähnlich wie die Nachbarländer verfolgt Äthiopien eine Lagerpolitik, um seine wenigen natürlichen Ressourcen und Infrastruktur vor dem Druck des Flüchtlingsansturms zu schützen. Flüchtlinge leben in Lagern mit Einschränkungen in Bezug auf Bewegungsfreiheit, Bildungszugang und Arbeitsmöglichkeiten und sind täglich mit ihrer eigenen Perspektivlosigkeit konfrontiert.

VERBORGEN UND VERWUNDBAR: FLÜCHTLINGE IN DEN STÄDTEN

Einhergehend mit dem globalen Trend zur Urbanisierung suchen immer mehr Flüchtlinge Zuflucht in Städten statt in Lagern. Es wird geschätzt, dass sich weltweit etwa die

Hälfte aller 15 Millionen Flüchtlinge in Städten aufhält, aber die genaue Anzahl dieser weitgehend versteckt lebenden Bevölkerung ist nicht bekannt. Auch für die ostafrikanischen Hauptstädte gibt es keine genauen Zahlen. Inoffiziellen Schätzungen zufolge leben in Nairobi (Kenia) etwa 100.000 Flüchtlinge und Asylbewerber, während offiziell 52.000 registriert sind.²⁸ In Addis Abeba (Äthiopien) liegt die Zahl der registrierten Flüchtlinge bei 4.100, während die Regierung im Jahr 2010 allein die der Somalis auf 160.000 schätzte.²⁹ In Kampala (Uganda) leben ca. 40.000 Flüchtlinge, davon die meisten aus der Demokratischen Republik Kongo und aus der Region der Großen Seen (Ruanda und Burundi) stammend.³⁰

Inoffiziellen Schätzungen zufolge leben in Nairobi etwa 100.000 Flüchtlinge und Asylbewerber, während offiziell 52.000 registriert sind.

Die Gründe dafür, in die Städte zu ziehen, sind vielfältig: harte Lebensbedingungen in den Lagern, Mangel an Platz, medizinischer Versorgung und Bildungsmöglichkeiten sowie unzureichende Sicherheit. Flüchtlinge berichten von sexuellem Missbrauch, brutalen Angriffen, Tötungen, Entführungen und angeblicher Rekrutierung durch Milizen. Sie verlassen die Lager, weil sie um ihr Leben fürchten. Andere, vor allem Äthiopier, Somalis und Sudanesen, die bis zu 20 Jahren in Lagern verbracht haben, treibt nicht zuletzt die Sehnsucht nach Normalität, wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Sicherheit in die Städte. Die Regierungen in Kenia, Uganda und Äthiopien betrachten die Entwicklung mit Sorge.

Auch in den Städten haben es die Flüchtlinge nicht leicht. Große Familien teilen sich kleine Räume in armen Wohngebieten. Sie erhalten keine oder beträchtlich weniger Hilfe als Flüchtlinge in Lagern und es wird erwartet, dass sie wirtschaftlich unabhängig sind. Aufgrund der Politik in den meisten Ländern haben sie große Schwierigkeiten damit, Zugang zum regulären Arbeitsmarkt zu finden.

28 | Sara Pavanello, Samir Elhawary und Sara Pantuliano, „Hidden and Exposed: Urban refugees in Nairobi, Kenya“, HPG Working Paper, Overseas Development Institute (ODI), 03/2010, <http://odi.org.uk/publications/4786-urban-refugees-nairobi-kenya> [30.01.2013]; UNHCR, „2013 UNHCR country operations profile – Kenya“, <http://unhcr.org/pages/49e483a16.html> [30.01.2013].

29 | UN-OCHA, Fn. 9.

30 | UNHCR, „2013 UNHCR country operations profile – Uganda“, <http://unhcr.org/pages/49e483c06.html> [30.01.2013].

In Äthiopien z.B. erhalten Flüchtlinge in Städten grundsätzlich keine Arbeitserlaubnis. Die kenianische Regierung erlaubt Flüchtlingen zwar offiziell, eine Anstellung anzunehmen, in der Praxis scheitert dies jedoch an den Bedingungen für eine Arbeitserlaubnis oder für eine Geschäftsgründung. Viele mussten bei der Flucht die dafür nötigen Dokumente zurücklassen, viele können auch die Kosten für die Genehmigungen nicht bezahlen. Nur Uganda erlaubt Flüchtlingen eine reguläre Anstellung nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis.

FAZIT

Die Flüchtlinge des östlichen Afrikas haben alles verloren, manche sogar mehrmals. Sie stehen großen Herausforderungen gegenüber, gehören nirgendwo hin, sind aus der Gesellschaft ausgeschlossen und haben keine Perspektive. Einige kommen mit guten Fähigkeiten, manche waren in ihrer Heimat Ärzte, Hochschulprofessoren oder Rechtsanwälte. Nun sind sie auf die Hilfe anderer angewiesen. Das internationale System zum Schutz von Flüchtlingen kann ihren Bedürfnissen nur bedingt gerecht werden.³¹ Oft wehren sich die Gastländer dagegen, lokale Integration und neue Wege als eine mögliche Lösung des Flüchtlingsproblems in Betracht zu ziehen, und halten stattdessen an traditionellen Methoden wie der strengen Lagerpolitik fest. Manches Land könnte mehr Plätze für Neuansiedlungen, finanzielle Mittel oder technische Hilfe zur Verfügung stellen.

Insgesamt bedarf es größeren internationalen Engagements, um die Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Weltweite Solidarität und eine gleichmäßige Verteilung der Kosten und Bürden sind unumgänglich, solange einige wenige Staaten die Mehrheit aller Flüchtlinge weltweit aufnehmen, weil sie geografisch zufällig Nachbarn der betroffenen Staaten sind. Diese Staaten brauchen die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden und den nötigen Schutz zu garantieren.

31 | UNHCR, „The state of the world’s refugees 2012. In search of solidarity“.